

Vortrag an den Ministerrat

Aufstockung des Privatrundfunk-Fonds - Änderung des KommAustria-Gesetzes

Der Medienmarkt ist weltweit im Wandel, die Digitalisierung ist auch in diesem Bereich auf dem Vormarsch und Bewegtbild spielt dabei eine immer größere Rolle. Rundfunkanbieter leisten einen wesentlichen Beitrag für die Information und den Medienstandort Österreich, stehen aber einerseits in einem asymmetrischen Wettbewerb mit den Online-Giganten und gleichzeitig werden durch die steigende Zahl neuer Fernsehanbieter die Mittel für die einzelnen Rundfunkanbieter immer knapper.

Die Nachfrage nach audiovisuellen Inhalten ist nach wie vor stark steigend und es gibt ein großes Bedürfnis, auch bei der jungen Bevölkerung - folgt man den Ergebnissen der Studie der RTR-GmbH „Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im VOD-Zeitalter“ - nach qualitativ hochwertigen Nachrichten und Informationen u.a. aus den Bereichen Politik, Ereignisse in Österreich und Internationale Nachrichten. Aktuelle Inhalte von Rundfunkanbietern werden auch immer stärker Online nachgefragt und leisten dabei einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung von Desinformation.

Aufgrund der steigenden Zahl der privaten Fernsehanbieter nimmt die Bundesregierung daher eine Aufstockung der Mittel des Privatrundfunkfonds von jährlich 15 Millionen Euro auf nunmehr 20 Millionen Euro vor. Diese zusätzlichen Mittel sollen insbesondere solchen TV-Formaten zugutekommen, die dem demokratischen Verständnis, der gesellschaftlichen und politischen Information und Bildung und auch, in Entsprechung der Audiovisuellen Mediendiensterichtlinie, der Vermittlung von Medienkompetenz als Grundlage zum Verständnis demokratischer Meinungsbildungsprozesse förderlich sind.

Allfällige Mehrkosten sind vom einbringenden Ressort aus dessen laufenden Budget zu decken.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das KommAustria-Gesetz geändert wird, dem Nationalrat zur verfassungsgemäßen Behandlung zuleiten.

23. April 2019

Mag. Gernot Blümel, MBA
Bundesminister